

FDP will Ortsbürgermeister einsparen

Die Liberalen fühlen sich vom Listenpartner CDU nicht richtig eingebunden

BERND ZIMMERMANN

WEILERSWIST. Glücklicherweise wirkt der Weilerswister FDP-Chef Hans-Josef Schäfer nicht: "Nein, wir wollen die Listenvereinbarung nicht aufkündigen. Aber wir würden uns wünschen, dass wir von unserem Listenpartner bei Themen wie etwa der Osttangente doch eingebunden würden."

Für die CDU gebe es offenbar nur die ganze Osttangente oder gar nichts. Dabei wisse man doch, dass die komplette Osttangente wohl erst in 20 bis 30 Jahren zu realisieren sei, die vom SPD-Bürgermeister ins Gespräch gebrachte Teillösung oder gar ein Provisorium aber viel schneller.

Schäfers Fraktionskollege Jörg Schmitt präzisiert, wo es zwischen CDU und FDP knirscht, nämlich beim dringend notwendigen Sparen: "Wenn es eine Sparkommission gibt, dann erwarten wir, dass alles auf den Prüfstand kommt, dass nicht von vornherein Themen ausgeklammert werden. So etwa das Lehrschwimmbecken an der Grundschule. Es muss erlaubt sein, über alles zu sprechen."

Fraktionsvize Volker Kindler legt nach: "Wir müssen, wenn wir glaubwürdig sein wollen, mit dem Sparen bei uns anfangen, also im Rat. Der Rat und seine Ausschüsse sollten verkleinert werden. Große Ausschüsse stehen nicht automatisch für gute Beschlüsse. Und zwei Ratssitze sollten auf jeden Fall gestrichen werden." Das sei zwar nur "Kleingeld", doch viel Kleingeld ergebe auch eine große Summe. Und deshalb streichen die Liberalen weiter: "Wir brauchen keine Ortsbürgermeister." Deren Aufwandsentschädigung, so Kindler betrage je nach Ortsgröße zwischen 110 und 146 Euro im Monat. Da man sechs Ortsbürgermeister habe, komme da im Jahr einiges an Geld zusammen.

Auch von einigen Kindergärten müsse man sich verabschieden. Kindler etwa formuliert das so: "Wir leisten uns einen Kindergarten für Kinder, die wir in dem Ort nicht haben und finanzieren ihn mit Geld, das wir auch nicht haben." Man müsse auch die U 3-Betreuung zurückfahren, "wenn sie nicht von Bund und Land finanziert wird. Wir können das nicht mehr bezahlen".

Man müsse auch überlegen, Dorfhäuser, Sportanlagen oder gemeindeeigene Vereinshäuser für einen symbolischen Preis von einem Euro an die Vereine abzugeben, um sich von der Unterhaltslast zu befreien. Bei der SPD spüre man da Zustimmung, sticheln die Liberalen weiter.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv M. DuMont Schauberg